



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 16/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Durchbruch bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

In der vergangenen Woche haben sich die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin unter Beteiligung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auf eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 verständigt.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht. Alle Länder stellen sich besser. Die Länder werden in die Lage versetzt, auch ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten, so wie es das Grundgesetz ab 2020 vorgibt. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht künftig auch die Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene.

Auf besonderen Nachdruck unserer Fraktion verbessern wir die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. So schaffen wir Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel und verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert in allgemeinen Landeshaushalten verschwindet.

Einen großen Fortschritt haben wir mit der Verständigung auf eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr erreicht. Das er-

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Gleich zwei öffentliche Anhörungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales fanden am Montag statt. Sachverständige wurden eingeladen, um unsere Fragen zum Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Gesetzentwurfes zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Flexi-Rentengesetz) zu beantworten. Die BDA beklagte u.a. die geplanten Sanktionen, da es aus Sicht der BDA heute schon Sanktionen bei Missbrauch von Leiharbeit gibt. Kritik kam auch von der Arbeitnehmerseite. Das Flexi-Rentengesetz sei dagegen geeignet, einen Mentalitätswechsel hin zu einer längeren Lebensarbeitszeit zu erreichen, attestierte die BDA.

Gemeinsam mit dem Landesgruppenvorsitzenden Andreas Jung MdB nahm ich an der Bezirksvorstandssitzung des DGB teil. Auch bei dieser Diskussion drehte sich alles um die neuen Gesetzesvorhaben, so auch das Lohngleichheitsgesetz.

Bereits letzte Sitzungswoche habe ich den fraktionsübergreifenden Änderungsantrag zum Thema der sog. gruppennützigen Forschung an Nichteinwilligungsfähigen unterschrieben, bislang in Deutschland ausgeschlossen. Die Bundesregierung will dieses Verbot ändern, dass zukünftig eine Teilnahme volljähriger Nichteinwilligungsfähiger auch ohne persönlichen Nutzen zulässig ist. Ich sehe in der Neufassung erhebliche Schwierigkeiten, daher spreche ich mich für die Beibehaltung der bisherigen Rechtslage aus.

Herzliche Grüße

Ihre

leichtert kontinuierliche, aufeinander abgestimmte Investitionen in Autobahnen. Es stehen nunmehr weitere Konkretisierungen an, die auch mehrere Grundgesetzänderungen mit sich bringen werden.

2. Aktionsplan Deutschland – Schweiz gegen irreguläre Weiterwanderung



Deutschland und die Schweiz haben sich auf einen Aktionsplan zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der gemeinsamen Grenzregion verständigt. Die Zusammenarbeit betrifft konkret weitere gemeinsame Streifen in der Grenzregion, gemeinsame Fahndungen und Einsätze sowie Kommunikationsstrukturen auf verschiedenen Ebenen. Die Bundespolizei hat an der deutsch-schweizerischen Grenze

von Januar bis August 2016 rund 4.500 unerlaubte Einreisen festgestellt. Von Juni bis August 2016 war ein deutlicher Anstieg der Zahlen zu verzeichnen, seither sind sie stabil. Die Mehrzahl der Migranten nutzt den Zug als Verkehrsmittel für die unerlaubte Einreise. Zuletzt wurden an der deutsch-schweizerischen Grenze monatlich ca. 1.000 unerlaubte Einreisen festgestellt.

Neben der Zusammenarbeit werden gezielt nationale Maßnahmen in der Schweiz und Deutschland umgesetzt. So wird Drittstaatsangehörigen, welche in der Schweiz kein Asylgesuch stellen und die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, konsequent die Einreise verweigert und die Personen werden an Italien rücküberstellt. Um diese konsequente Wegweisungspraxis wirksam und effizient durchzusetzen, hat die Schweizer Grenzkontrollbehörde einen bedeutenden Anteil ihrer Einsatzkräfte an die Südgrenze zu Italien verschoben. Durch gemeinsame Streifen auf schweizerischem Hoheitsgebiet konnte die Bundespolizei zusammen mit dem schweizerischen Grenzwachtkorps von Juni bis September 2016 bereits rund 900 unerlaubte Einreisen nach Deutschland verhindern.

3. Gespräch mit Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Ein sehr aufschlussreiches Gespräch unserer Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales fand diese Woche mit Frank-Jürgen Weise statt. Etwas über eine Stunde stand uns der Leiter des BAMF nach einer Einführung zu den jüngsten Asylzahlen Rede und Antwort. Bis September 2016 hat das Bundesamt über die Anträge von 462,314 Personen entschieden. Dies bedeutet einen Anstieg von 16,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2015.

Derzeit würden 9000 Personen, ein deutlicher Zuwachs gegenüber ursprünglich 2300 Mitarbeitern, beim BAMF beschäftigt, davon 3000 abgeordnete Mitarbeiter, die das BAMF wieder verlassen sollen, wenn der Großteil der Anträge bearbeitet wurde. Ende September lag die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge bei 579,314.

Weise sieht in den im Juli dieses Jahres gestarteten Kombi-Kursen (Kombination aus Erprobung in einer Firma, Integrations- und Sprachkurs) das bestmögliche Instrument, um größtmögliche Erfolge bei der Integration zu erzielen. Laut BAMF-Chef wird es keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2017 geben, weil die Beschäftigung weiter ansteigen werde. Bei der Frage nach den Ursachen für unterschiedliche Bearbeitungsdauer von Anträgen von

z.B. Familienangehörigen antwortete Weise, dass es an der Steuerung der Ausländerbehörden liegen würde. Er verwies dabei auf den neuen [Erklärfilm des BAMF](#), in welchem das Konzept des „Integrierten Flüchtlingsmanagements“ anschaulich dargestellt wird.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen. In erster Lesung haben wir die Umsetzung der am 16. Juni und 7. Juli zwischen Bund und Ländern gefassten Beschlüsse beraten. Vorgesehen ist unter anderem eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, wodurch wir den Ländern in den Jahren 2016-2018 zusätzlich eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Im gleichen Zeitraum soll der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte vollständig übernehmen. Für 2017 und 2018 möchten wir zusätzlich jeweils 500 Millionen Euro als Kompensationsmittel für den Wohnungsbau gewähren. Auch die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung der Kommunen über das Jahr 2018 hinaus wollen wir durch Änderungen der Anteile an der Umsatzsteuer sowie der Beteiligungsquote an den Kosten der Unterkunft zu Lasten des Bundes in Angriff nehmen.

2. Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. In erster Lesung haben wir die Veränderungen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Bedarfsätze für Asylbewerber beraten. Die Ausgaben für Haushaltsenergie und Wohnungsinstandhaltungskosten möchten wir aus dem Bedarfssatz ausgliedern, da diese künftig als Sachleistungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dem verminderten Bedarf für erwachsene Leistungsberechtigte, die in einer Sammelunterkunft untergebracht sind, wollen wir durch die Einführung einer neuen Bedarfsstufe Rechnung tragen. Zudem wird es Veränderungen beim sogenannten „Taschengeld“ für Asylbewerber geben.

III. Sonstiges

1. Treffen unserer Landesgruppe mit Gotthard Reiner, Präsident der Handwerkskammer Konstanz



Im Rahmen unserer Landesgruppen-sitzung fand ein Gespräch mit u.a. Gotthard Reiner, Präsident der Handwerkskammer Konstanz, statt. Themen waren u.a.: die aktuelle Lage in der Energiepolitik, Solo-Selbstständige und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

(Bild von links: Thomas Dörflinger MdB, Gotthard Reiner, Gabriele Schmidt MdB und Andreas Jung MdB)

2. Gespräch der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe mit neugegründeten Mongolisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Großen Staats-Chural



Die Mongolei kennen viele als großes, leeres Land mit kahlen Bergen und einem wilden Reitervolk. Die Mongolei hat aber in den letzten 25 Jahren einen enormen demokratischen Aufschwung genommen und wird auf der ganzen Welt als Beispiel genannt für ein Land, das den Übergang von der

Staatwirtschaft zu Demokratie und Privatwirtschaft geschafft hat. Eines der großen Probleme des Landes ist die Abhängigkeit von Russland und von China. Man sucht den Kontakt zu deutschen Investoren. Der Leiter des Gespräches (rechts neben mir) war Abgeordneter Dendev Terbishdagva (MVP) des Großen Staats-Chural, wie das Parlament der Mongolei heißt. Er ist Ausschussvorsitzender für Wirtschaftsfragen und Vorsitzender der am 30. August 2016 neugegründeten Mongolisch-Deutschen Freundschaftsgruppe. Terbishdagva war bis zur Wahl 2016 Landwirtschaftsminister und Vizepräsident des Landes, das dreimal so groß ist wie Deutschland, in dem aber nur knapp 3 Millionen Menschen wohnen.

3. Exporte ziehen an



Im August 2016 wurden in Deutschland Waren im Wert von 96,5 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 76,5 Milliarden Euro importiert. Damit waren deutsche Exporte im August 2016 um 9,8 Prozent und die Importe um 5,3 Prozent höher als im August 2015. Gegenüber dem Vormonat Juli 2016 nahmen die Exporte um 5,4 Prozent und die Importe um 3 Prozent kalender- und saisonbereinigt zu. Der Anstieg betraf dabei

den Handel mit EU-Ländern und Drittländern gleichermaßen: Während in die EU-Mitgliedstaaten Waren im Wert von 54,3 Milliarden Euro (plus 10 Prozent) exportiert und Waren im Wert von 48,5 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent) importiert wurden, exportierten die deutschen Unternehmen in Länder außerhalb der Europäischen Union Waren im Wert von 42,2 Milliarden Euro (plus 9,6 Prozent) und importierten Waren im Wert von 28 Milliarden Euro (plus 5,5 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de

Ich freue mich auf Sie!

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|----------------------|--|
| 21. Oktober: | • Kreisversammlung DRK Kreisverband Waldshut e.V. |
| 22. Oktober: | • Kreissenorenrat, Höchenschwand |
| 23. Oktober: | • 40 Jahre Dorfhelferinnen in St. Blasien |
| 24. Oktober: | • WST Präzisionstechnik GmbH, Löffingen
• CDU Jestetten, 70 Jahre CDU mit Werner Dörflinger |
| 25. Oktober: | • Infotag Bauausbildung, Waldshut-Tiengen
• Praxis für Politik, Baumschule Kessler, Wehr |
| 28. Oktober: | • Nominierungsversammlung zur Bundestagswahl, Haus des Gastes, Höchenschwand |
| 29. Oktober: | • Bezirksparteitag CDU Südbaden, Schliengen |
| 02. November: | • Bezirksversammlung Landfrauen Bezirk Waldshut, Weilheim |